

VertraulichP R O T O K O L L

der 8. Sitzung der Konsultativen Kommission für
Handelspolitik vom 10. Juli 1962, 14 Uhr
Bern (Kommissionszimmer III des Parlamentsgebäudes)

Vorsitz: Herr Botschafter Dr. Stopper

Anwesende Kommissionsmitglieder: Frl. Denise Berthoud, Frau Edith Plattner-Rüttimann, HH. G. André, Minister G. Bauer, Nationalrat C. Eder, H. Giger, Prof. M. Grossmann, Dr. H. Hauswirth, Nationalrat Dr. A. Heil, Dr. H. Homberger, Prof. Dr. W. Hunziker, Dr. E. Jaggi, Dr. Ch. Lenz, A. Meier-Ragg, Botschafter P. Micheli, Nationalrat Dr. H. Munz, Dr. M. Oetterli, Fürsprech O. Pernet, Dr. M. Redli, C. Viscardi, Th. Waldesbühl, Nationalrat Prof. Dr. Weber.

Ferner anwesend: HH. Minister Dr. Weitnauer, Minister Dr. Jolles, Vizedirektor Dr. Th Brändle, Vizedirektor H. Marti.

Entschuldigt abwesend: HH. Direktor W. Clavadetscher, F. Halm, Dr. F. Hummler, Dr. M. Iklé, Dr. W. Jucker, R. Juri, Direktor H.P. Keller, Dr. A. de Meuron, Nationalrat U. Meyer-Boller, Nationalrat Dr. E. Wyss.

Protokoll: Fürsprech M. Lusser

Traktandum: Stand der Vorbereitungen für die Assoziationsverhandlungen und für die Präsentation des schweizerischen Falles am 24. September 1962



- 3 -

tät der Mitgliedstaaten soll mit der Zeit ausgelöscht werden.

Im Gegensatz zu den die Schaffung einer Zollunion betreffenden Bestimmungen des Römer Vertrages, sind diejenigen, welche die Schaffung der Wirtschaftsunion betreffen, mehr in die Form von Grundsätzen und Richtlinien gekleidet. Sie sind deshalb in ihrer Tragweite viel schwerer zu durchschauen. Ihre Verwirklichung hat zum Teil schon begonnen, ohne dass das Endziel schon genau festgelegt wäre. Die bereits vorliegenden Beispiele (Freizügigkeit - sozialpolitische Bestimmungen) zeigen mit aller Deutlichkeit, wie sehr die Schöpfer und Dirigenten der EWG bemüht sind, aus diesen an und für sich wirtschaftlichen Problemstellungen Impulse zur politischen Einigung zu erhalten. So will man durch die freie Niederlassung die Völker Europasmischen und an Stelle des Nationalgefühles ein europäisches Staatsbewusstsein schaffen. Allerdings fehlt es auch nicht an Gegentendenzen "Europe des patries". Eine solche Zielsetzung können wir für uns nicht akzeptieren. Auch auf anderen Gebieten machen wir ähnliche Feststellungen.

Je mehr man sich deshalb mit diesen Problemen befasst, desto grösser wird die Skepsis darüber, ob eine Assoziation überhaupt möglich sein wird. Die Konklusion allerdings, die gewisse Kreise aus diesen Schwierigkeiten ziehen, ist unrichtig, ja bedenklich und gefährlich. Sie geht darauf aus, die Assoziation als ein falsches Ziel hinzustellen und das Heil in einem gewöhnlichen Handelsvertrag zu sehen. Bereits hat das Ausland auf solche Stellungnahmen reagiert. Dies ging so weit, dass George Ball z.B. die "Legende" auszustreuen begann, die Schweiz sei von der Assoziationskonzeption abgerückt und strebe bloss einen Handelsvertrag an.

Diese Auffassung ist etwas zu einfach. Eine solche Übung haben wir vor kurzem mit der Dillon-Runde bereits hinter uns gebracht. Trotz aller Anstrengungen ist das Ergebnis nicht sehr ermutigend. Die Verpflichtung zur Meistbegünstigung war für die EWG einer der Gründe, welche sie zur Knauserigkeit veranlasste. Ob sich diese Einstellung ändern wird, wenn einmal die Vereinigten Staaten neue Verhandlungsinstrumente besitzen, kann nicht vorausgesagt werden. Das Beispiel der Dillon-Runde ermutigt uns gar nicht, auf die Karte "Handelsvertrag" zu setzen. Wir müssen Wege suchen, die uns in das Präferenzsystem der EWG einschalten. Das ist eine äusserst schwierige und heikle Aufgabe, die unter Einsatz aller gegebenen Mittel und mit grosser Geduld und Ausdauer gelöst werden muss. Aus diesem Grunde ist alles zu unterlassen, was Verwirrung stiften kann.

Herr Botschafter Stopper hat mit Recht gesagt, dass von Seiten der EWG viel Verständnis notwendig ist. Die bisherigen Äusserungen von dieser Seite (Hallstein, Spaak etc.) sind nicht genügend kompetent. Die offiziellen Organe haben noch nicht Stellung genommen. Wir müssen deshalb Ruhe bewahren und dürfen die Nerven nicht verlieren. Die EFTA sollte nicht ins

- 5 -

Für die Zölle bedeutet sie weitgehende Uebernahme der Zollsätze. Für die gemeinsame Wirtschaftspolitik bedeutet sie nicht Uebernahme, sondern die Gestaltung einer eigenen Politik, die sich aber mit derjenigen der EWG verträgt, eben "harmonisiert", und ihr nicht zuwiderläuft.

- Zu den Problemen der kriegswirtschaftlichen Vorsorge, der Neutralität und der Landwirtschaft:
 - Wir müssen auf alle Fälle eine kriegswirtschaftliche Vorsorge aufrechterhalten. Zu diesem Zweck muss eine gewisse Infrastruktur in der Landwirtschaft schon in Friedenszeiten vorhanden sein.
 - Die Probleme der Landwirtschaft sind nicht allein kriegswirtschaftlicher Art. Deshalb dürfen wir sie nicht einfach hinter den Neutralitätsargumenten tarnen. Vom kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus brauchen wir ein Minimum an Anbaubereitschaft, also einen schon in Friedenszeiten bestehenden Ackerbau. Die Milchwirtschaft ist weniger exponiert.

Wir brauchen einen gesunden Bauernstand und wir brauchen genügend Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Das letztere Erfordernis dürfte kriegswirtschaftlich gesehen von besonderer Bedeutung sein.
- Zur Frage der Anpassung unserer Gesetzgebung:
 - Eine eigene Arbeitsgruppe prüft für jedes Rechtsgebiet, welches die allfällig anzupassenden Bestimmungen sind. Eine genaue Uebersicht konnte aber noch nicht erarbeitet werden.
 - Ohne Zweifel wird ein funktionsfähiger Assoziationsvertrag in eine ganze Reihe gesetzlicher Ordnungen eingreifen müssen.

Dies wird wohl dazu führen, dass ein solcher Vertrag der Volksabstimmung zu unterbreiten wäre, da er verfassungsändernde Wirkungen haben wird.

Prof. Grossmann zeigt sich sehr beeindruckt von der systematischen Art des Studiums der einschlägigen Probleme. Zur Vorbereitung der Verhandlungen möchte er zwei Bemerkungen anbringen:

- In bezug auf die Versicherungswirtschaft sind seitens der EWG die massgeblichen Beschlüsse noch nicht gefasst worden. Alle Möglichkeiten sind deshalb noch offen. Auf diesem Gebiet ist es somit geradezu unmöglich, eine Stellungnahme auszuarbeiten. Daher wäre es äusserst wünschenswert, mit denjenigen Organen und Personen der EWG in Kontakt zu kommen, die sich mit der Ausarbeitung der Versicherungspolitik der EWG befassen.
- Es geht nicht nur darum, unsere Neutralität zu erhalten. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, ist es, die Grundzüge unserer staatspolitischen Konzeption intakt zu bewahren, z.B. die Prärogativen der Referendumsdemokratie, das Prinzip der Dezentralisation, der Subsidiarität der staatlichen Sozialpolitik und vieles mehr.

- 7 -

Durch den Beitritt Englands zum Euratom wird die Europäische Atomenergieagentur der OECD unterhöhlt. Wir haben ein grundsätzliches Interesse an der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Es stellen sich aber eine Anzahl schwieriger Probleme, die sich gegenwärtig in sehr eingehender Prüfung befinden. Die Sache drängt nicht so; man wird aber in der Eröffnungserklärung etwas davon sagen müssen.

M. le Ministre Bauer remercie M. Stopper d'avoir si clairement exposé le problème.

- Quant à la question de l'Euratom, il semble à M. Bauer qu'une certaine prudence serait de mise dans nos jugements. Nous avons vu assez d'exemples où, au cours des dernières années, on avait mal apprécié l'efficacité de certains organismes internationaux. D'après M. Bauer il n'est pas du tout sûr que l'adhésion de l'Angleterre à l'Euratom rende cette agence plus efficace qu'elle ne l'est actuellement.
- Parmi les problèmes traités par M. Stopper dans son introduction il y en a certains qui se seraient posés à notre pays d'une manière où d'une autre indépendamment de l'intégration européenne, par exemple ceux touchant à l'agriculture, aux transports, à la main-d'oeuvre, aux distorsions de la concurrence, etc.
- M. Bauer se rallie entièrement à ce qui a été dit sur les buts essentiels de nos efforts actuels:
 - éviter la discrimination économique;
 - chercher à collaborer modestement mais réellement à la construction d'une nouvelle Europe;
 - sauvegarder les constantes de la politique suisse, la souveraineté du pays (dont la neutralité est un des instruments), les fondements de notre structure politique démocratique.

L'association semble être une forme idéale pour atteindre ces buts, mais nous ignorons si nous y parviendrons. Il est toutefois hors de doute qu'il nous faudrait renoncer à une association si les conditions à accepter devaient se révéler incompatibles avec les principes que nous considérons comme essentiels et que nous ne voulons absolument pas abandonner. Le prix à payer ne doit en aucun cas consister en des concessions politiques et ceci ni aujourd'hui, ni demain, ni après-demain.

- Nous devons chercher la solution d'une forme d'association sans pour cela négliger tout autre moyen, comme par exemple les possibilités offertes par le plan Kennedy.
- Dans l'entre-temps, nous devons patienter et nous devons blinder notre économie contre les désavantages de la discrimination qui commencent déjà à se faire sentir.

- Im Verhältnis zu anderen, sich allfällig mit der EWG assoziierenden europäischen Ländern wird man eine Formel finden müssen, welche eine Diskriminierung unter ihnen verhindert.

Prof. Dr. Weber:

- Der Vorsitzende erwähnte, dass unsere Landwirtschaft im Falle einer Assoziation einige Hundert Millionen Franken zusätzliche Subventionen benötigen wird. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit England ist zu schliessen, dass die EWG grundsätzlich keine Subventionierung der Landwirtschaft akzeptiert. Hat man Gründe anzunehmen, dass dies für uns anders sein wird?
- Der Begriff "Harmonisierung" hat schon im Römer Vertrag selbst keine einheitliche Bedeutung. Hinzu kommen noch die sprachlichen Unterschiede der verschiedenen Vertragstexte. Man kann deshalb sagen: der Begriff lässt sich nicht genau definieren.

Wesentlich ist für uns, dass wir nur unterschreiben, was wir genau kennen.

Diesbezüglich ist die Harmonisierung der Zölle nicht das schwierigste Problem. Die Art. 100 und 101, um nur zwei Beispiele zu nennen, sind dagegen typische Vertragsklauseln, deren Tragweite schon jetzt abzusehen ausserordentlich schwer ist.

Prof. Weber glaubt auch, dass das eigentliche Kernproblem nicht die Neutralität ist, sondern die Aufrechterhaltung der Institutionen unserer direkten Demokratie. Sobald es um Dinge geht, die unsere Gesetzgebung tangieren, werden Parlament und Volk ihre Rechte geltend machen müssen. Es kommt deshalb nicht in Frage, dass wir irgendwelche Blanko-Verpflichtungen eingehen.

Was den Entscheid so schwer macht, ist die Tatsache, dass es relativ leichter ist, in das Ding hineinzukommen als später sich davon zu lösen. Wenn z.B. einmal Parlament und Volk mit einem Beschluss nicht einverstanden sind, was können wir tun? Müssen oder können wir noch den Vertrag kündigen? Tritt der alte Zolltarif wieder in Kraft? Diese Fragen stellen, heisst illustrieren, wie schwerwiegend die Problematik ist. Ohne Zweifel wird eine allfällig gefundene Assoziationslösung der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen.

Herr Dr. Homberger hat auf das Klima in Gewerbekreisen aufmerksam gemacht. Diese Kreise stehen nicht allein da. Bedauerlich, aber auch verständlich ist, dass sie ihrer Meinung in dieser Form Ausdruck gegeben haben. Die Stimmung in der Bevölkerung ist aber ohne Zweifel in letzter Zeit kritischer geworden.

Botschafter Stopper:

- Wir wissen nämlich nicht, ob die EWG damit einverstanden ist, dass wir unserer Landwirtschaft im Falle einer Assoziation zusätzliche

- 11 -

Das Problem der Schiedsgerichtsbarkeit ist eines der zentralsten und wichtigsten. Es befindet sich in einem gründlichen Studium, das noch nicht abgeschlossen ist.

- Ein weiterer Punkt von überragender Bedeutung, für den allerdings im Vertrag kaum zuverlässige Sicherungen eingebaut werden können, ist, dass die Partner bereit sind, das Wesentlichste der Eigenart unserer Staatsstruktur als erhaltenswert anzunehmen.

Frau Plattner: Wie stellt man sich die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes vor?

Botschafter Stopper: Wir denken an ein mehrköpfiges Gericht, bestehend aus einer paritätischen Vertretung der Schweiz und der EWG sowie aus einem neutralen Präsidenten.

Wichtig ist vor allem, dass seine Aufgaben und Kompetenzen genau umschrieben werden.

Es dürfte vielleicht schwer halten, wirklich neutrale Präsidenten für das Schiedsgericht zu finden, welche beiden Parteien genehm sind.

Da niemand mehr das Wort verlangt, möchte ich Ihnen die Frage unterbreiten, ob Sie mit der von der Verwaltung im Hinblick auf die Assoziationsgespräche eingeschlagenen Linie und mit der Art, wie wir die Probleme behandeln, einverstanden sind? (Stillschweigende Zustimmung).

Darf ich bitten, allfällige entgegengesetzte Meinungen zu äussern? (Keine).

Punkt 2: Anhören der Schweiz durch die EWG am 24. September 1962

Botschafter Stopper: Die EWG hat als Antwort auf die Briefe vom 15. Dezember 1961 beschlossen, die drei Neutralen anzuhören, Oesterreich und Schweden Ende Juli und die Schweiz am 24. September.

Die Verschiedenheit des Datums bedeutet keine Diskriminierung der Schweiz. Die EWG hat durchblicken lassen, dass sie im Juli wegen der Verhandlungen mit Grossbritannien stark beschäftigt sei und den September vorziehe.

Wir haben ihr die Wahl gelassen, während Oesterreich und Schweden aus innenpolitischen Gründen pressierten.

Die Anhörung der Schweiz bedeutet noch nicht den Beginn von Verhandlungen. Wir sollen damit bloss Gelegenheit erhalten, unseren Verhandlungswunsch noch mündlich zu erläutern. Nach wie vor wird es dann erst möglich sein, mit der EWG konstruktiv zu verhandeln, wenn sich eine Verständigungsmöglichkeit zwischen ihr und Grossbritannien abgezeichnet hat. Dies aus einer ganzen Reihe von Gründen:

- 13 -

Wie schon erwähnt, bedeuten unsere Erklärungen vor dem Ministerrat der EWG im September noch nicht den Verhandlungsbeginn. Um diese Verhandlungen nicht zu stark zu präjudizieren und nicht zu früh Angriffsflächen zu bieten, denken wir an ein summarisches Exposé. Dieses sollte, ohne schon alle Vorbehalte darzulegen, doch so formuliert sein, dass diese Vorbehalte gedeckt sind. Es sollte der EWG ein Bild geben darüber wie wir uns in den grossen Zügen ein Assoziationsverhältnis vorstellen.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen einen ersten Entwurf vorlesen lasse. Die Lektüre hat nicht den Sinn, von Ihnen eine Zustimmung zu ihrem Inhalt zu erlangen, die Sie verpflichten würde. Dazu ist der Text noch zu wenig definitiv; auch hat der Bundesrat noch nicht Stellung dazu bezogen. Dagegen wären wir dankbar wenn Sie uns Ihren Eindruck mitteilten.

Ich möchte deshalb nachdrücklich betonen, dass die Verlesung dieses Entwurfes absolut vertraulich erfolgt. Wie gesagt, ist der Text sehr provisorisch und wird noch mehrmals überarbeitet und geändert werden.

Minister Jolles liest den Entwurf vor.

M. le Ministre Bauer exprime ses remerciements pour la confiance témoignée à la Commission consultative par la lecture du projet de déclaration.

Il s'étonne que le texte ne contienne aucun renvoi à la nécessité de maintenir intacts nos intentions démocratiques.

Le texte de la déclaration doit être très prudent, car il doit observer un juste équilibre entre la nécessité, d'une part d'exprimer clairement nos intentions de sorte que la Communauté ne doute pas de notre ferme volonté d'arriver à un arrangement, et, d'autre part, de ne pas dévoiler notre dispositif en vue des négociations.

Botschafter Stopper: Es ist tatsächlich so, dass wir keinen Vorbehalt für die Aufrechterhaltung unserer demokratischen Institutionen angebracht haben. Man wollte mit dem Anbringen von Vorbehalten äusserst zurückhaltend sein; zudem war man der Meinung, die Natur des vorgesehenen Assoziationsrates und die Neutralitätsvorbehalte seien derart, dass es sich erübrige; besondere Vorbehalte wegen unserer innerstaatlichen Struktur anzumelden.

Das Problem bedarf jedoch noch eines vertieften Studiums.

M. le Ministre Bauer: Il n'est aucunement nécessaire d'avoir recours à une réserve formelle; mais il suffirait de compléter l'introduction par un passage consacré aux particularités de notre démocratie directe et fédéraliste.

Botschafter Stopper: Diese Anregung wird gerne entgegengenommen. Wie Sie bemerkten, sind wir in der Präzisierung unserer Neutralitäts-

- 15 -

Botschafter Stopper:

- Das Protokoll wird diesmal früher zur Verfügung stehen. Das letzte mal ist ein "Betriebsunfall" geschehen.
- Die Kontakte mit der Wirtschaft werden sorgfältig gepflegt.

Wir wünschen gar nicht, im luftleeren Raum zu operieren, und wir tun es auch nicht.

Die Konsultative Kommission ist innerhalb eines Jahres schon dreimal einberufen worden. Wir sind jederzeit zu zusätzlichen Kontakten mit allen Wirtschaftskreisen, sei es über die Spitzenverbände, sei es dienstlich, bereit. Solche Kontakte bestehen übrigens laufend.

Da das Wort nicht mehr verlangt wird, schliesst Herr Botschafter Stopper die Sitzung mit dem besten Dank an alle Anwesenden für ihre wertvolle Mitarbeit und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass Kommission und Administration in ihrer Meinung über die zu verfolgende Linie übereinstimmen.

Schluss der Sitzung 18⁰⁰ Uhr.

Der Protokollführer:

An. Dürner

1 Beilage,
erwähnt .